

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Band: - (1987)
Heft: 2: 50 Jahre Arbeitsfrieden

Artikel: Bei den Patron's mit dabei
Autor: Rieger, Andi
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584174>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bei den Patron's mit dabei

Im Öffentlichen Dienst ist in den letzten Jahren einiges in Bewegung gekommen: Spitalangestellte, PöstlerInnen, TrämalerInnen, LehrerInnen führen Protestversammlungen während der Arbeitszeit durch, oder diskutieren über Dienst nach Vorschrift und wagen gar erste Streiks. Ist dies der Anfang vom Ende des Arbeitsfriedens, der in einer ganz besonderen Form den Öffentlichen Dienst während den letzten Jahrzehnten geprägt hat?

A N D I R I E G E R

Spätestens Anfangs der 50er Jahre war auch im Öffentlichen Dienst der Arbeitsfriede etabliert. Streik wurde zum Fremdwort und auch andere Mobilisierungsformen wurden höchst selten gewählt. Der einzige Druck, der zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Löhne verwandt wurde, war derjeni-

ge des ausgetrockneten Arbeitsmarktes. Dieser Druck spielte umso mehr, als ausländische Arbeitskräfte vom Öffentlichen Dienst weitgehend ausgeschlossen waren. So konnte sich die gewerkschaftliche Taktik darauf konzentrieren, unter Bezugnahme auf jeweilige Konkurrenzrenten auf dem Arbeitsmarkt die Anstellungsbedingungen «emporzuschaukeln»: Die reicheren Kantone mussten sich den qualifizierten Bereichen der Privatwirtschaft anpassen, dann der Bund den reicheren Kantonen, dann die andern Kantone dem Bund, usw. Die Gewerkschaft war spezialisiert auf die jeweiligen Quervergleiche und machte im günstigen Augenblick die entsprechende «Eingabe» bei ihren Arbeitgebern.

Eine besondere Beziehung zu den Arbeitgebern

Die Patron's sind nun aber im Öffentlichen Dienst von ganz besonderer Art: Zuständig sind nämlich in den meisten Bereichen die politischen Instanzen und zwar nicht allein die Regierungs-Exekutiven, sondern oft letztlich das Parlament. Die Gewerkschaften versuchten sich nun mit dem zuständigen Regierungsvertreter bzw. der Regierungsmehrheit zu verbünden, welche dann ihrerseits die Vorlagen im Parlament vertraten. Dies funktionierte solange, als die Regierung in der Zeit des Booms selbst ihre Verwaltung und Betriebe ausbauen wollte und entsprechendes Personal anziehen musste.

Mobilisierungen der Gewerkschaft waren in diesem Konzept nicht nötig, ja sie schienen direkt kompromittierend für einvernehmliche Lösungen.

Besonderes Gewicht bekamen in diesem Mechanismus die sozialdemokratischen PolitikerInnen, insbesondere

die Exekutiv-Mitglieder. Mit ihnen schienen die Gewerkschaften einen eigenen Mann oder eine eigene Frau im Arbeitgeber-Lager zu haben. Sie waren auch behilflich, dass weitere KollegInnen interessante Posten in der Verwaltung bekamen. Entsprechend wurden die Apparate von VPOD, SEV und PTT-Union bald bekannt als Sprungbretter zu Posten in Verwaltung und Exekutiven (das jüngste Beispiel: Der hoch dotierte Transfer Clivaz's vom SEV zur PTT-Generaldirektion).

Kein Wunder, dass in dieser Konstellation die Vorstellung der Konfrontation von Interessen der Gewerkschaften und der staatlichen Patronen verloren ging.

Das Streikverbot für das Bundespersonal und für eine Minderheit von Kantonsangestellten, das in der Folge des Generalstreiks vom Bürgertum eingeführt wurde, hat sicher zur Lähmung der Gewerkschaften beigetragen. In der Periode der Hochkonjunktur wurde das Verbot von der Gewerkschaftsleitung allerdings mehr vom Grundsatz her abgelehnt als in der Praxis als Hemmnis empfunden: Im Nationalrat wurde zwar immer wieder Antrag auf Aufhebung gestellt; in der gewerkschaftlichen Realität gab es aber keine Tests der De-facto-Durchsetzung von Kampfformen wie Bummel-Streik (Dienst nach Vorschrift), Versammlungen während der Arbeitszeit, oder auch Streiks.

Ende des Honig-Mond's

Mit dem Ende der Periode der Hochkonjunktur und der Rezession 1974/75 wird dieser Arbeitsfriedensmechanismus im Öffentlichen Dienst abrupt in Frage gestellt: Plötzlich spielt der positive Druck des Arbeitsmarktes nicht mehr und die

Streiks und Versammlungen während der Arbeitszeit im Öffentlichen Dienst

Keine Gewähr für Vollständigkeit

- 1973 Warnstreik im Genfer Spitalbereich; geführt von VPOD, SBK und CRT
- 1976 Erste «Bewegung der Genfer Öffentlichen»
- 1978 Streik der TAT-Journalisten in Zürich; getragen von SJU/VPOD
- 1979 Streik bei der Berner Sehbehinderten - Beratungsstelle. Unterstützt vom VPOD
- 1980 Warnstreik der SozialarbeiterInnen des Genfer «Hospice générale» (VPOD und CRT)
- 1981 Zweite «Bewegung der Genfer Öffentlichen», mit Warnstreiks in verschiedenen Bereichen
- 1984 Warnstreik von MittelschullehrerInnen im Tessin; Beteiligung des VPOD
- 1984 8-wöchiger Streik beim Behinderten-Transportdienst KIO in Bern. Vom VPOD getragen
- 1985 Viertägiger Streik des Putzpersonals des Genfer Kantonsospitals. VPOD und CRT
- 1986 Protestversammlung während der Arbeitszeit an Basler Spitälern. Getragen von VPOD, SBK, VChP
- 1986 Streik einiger MitarbeiterInnen der Blindendokumentationsstelle in Zürich.
- 1987 Warnstreik im Krankenhaus «Les Charmettes», Kanton Neuenburg. Unterstützt vom VPOD
Zwei Warnstreiks im Genfer Krankenhaus Prieuré Butini. VPOD
Vorgesehen: Protestversammlung während der Arbeitszeit an Berner Spitälern. VPOD und SBK

Regierungen beginnen ihre Spar- und Rationalisierungspolitik: Einführung des fixen Personalstopps (gar gesetzlich verankert!), Schubladisierung aller Lohnvorlagen, Durchsetzung von Personalabbau (über 10 Prozent in Basel, einige Prozente bei der SBB, trotz Leistungsausbau), ... Der Stolz der Gewerkschaften, der rückwirkende, vollständige Teuerungsausgleich, wird fast überall abgeschafft, wobei die Bürgerlichen nun die alte gewerkschaftliche Taktik selbst anwenden: Kanton nach Kanton und schliesslich beim Bund wird der Teuerungsausgleich nach unten angepasst.

Unnötig zu sagen, dass unter diesen Umständen die traditionelle Zusammenarbeit mit den Exekutiven nicht mehr funktionierte. Auch mit

SP - Regierungsmitgliedern, welche oft die Sparpolitik im Namen eines ausgeglichenen Budgets mittrugen, kommt es zu Konflikten (vgl. Willi Ritschards Beitrag zum Abbau des mitteljährlichen Teuerungsausgleichs beim Bund).

Heute lässt das konjunkturelle Zwischenhoch der Schweizer Wirtschaft die alten Mechanismen zum Teil wieder aufleben. Aber es ist offensichtlich, dass dies nicht wieder Jahrzehnte dauern wird und dass viele neugewährte Zückerchen mit dem Gift der weiteren Rationalisierungen getränkt sind: Siehe den aktuellen Schub der Arbeitszeitverkürzung ohne Personalaufstockung.

Streik:

Ein Gebrauchsartikel?

Die neue Situation hat zuerst im VPOD zu Diskussionen und Ansätzen neuer Praxis geführt. 1976 und 1979 kam es zu ausgedehnten Debatten an den VPOD-Verbandstagen. Eine Minderheit von Delegierten forderte gemeinsame Mobilisierungsaktionen für einige ausgewählte Forderungen. Damit sollte die Gewerkschaft selbst ein Kräfteverhältnis aufbauen. Die VPOD-Leitung stellte sich dagegen: Verhandlungen seien das «gewerkschaftliche Kampfmittel(!) Nr. 1». In dieser wahrlich nicht streikgeplagten Gewerkschaft wurde vor der Degradierung des Streiks zum «Gebrauchsartikel» gewarnt. Die Leitung schien darauf zu vertrauen, dass in extremen Konfliktsituationen die Arbeiterbasis des VPOD dann schon geschlossen in Aktion treten könnte.

Die Krise von 1981/82 machte die Hoffnungen zunichte, die Rezession 1974/75 sei ein einmaliger Betriebsunfall des Kapitalismus gewesen. In dieser Zeit zeigt sich auch, dass die traditionelle Arbeiterbasis nicht bei

Bedarf kurzfristig zu mobilisieren war, wie dies einigen SekretärInnen vorgeschwebt hatte. Nun begann sich die Situation im VPOD zu ändern: Die kämpferischen Delegierten wurden an den Kongressen von 1982 und 1985 nicht mehr an den Rand gedrängt und einige ihrer Vorstellungen gingen nicht nur in Kongress-Deklarationen ein, sondern auch in die Aktion. So z. B. die nationale Demo der Öffentlichen, die Ende 1982 über 35 000 GewerkschafterInnen auf dem Bundesplatz vereinte.

In der lokalen Praxis entwickelte vor allem die Genfer VPOD-Sektion eine neue Tradition (vgl. Kasten). Ihr folgen heute andere. Wie die Zusammenstellung der Streiks und Versammlungen während der Arbeitszeit zeigt, handelt es sich dabei noch vorwiegend um die weniger traditionellen Bereiche des VPOD. Werden diese Erfahrungen Schule machen?

Die Mehrheit der VPOD-Leitung um W. Renschler gibt dieser Entwicklung seit 1982 eine Unterstützung im Bewusstsein, dass für jede weitere Gewerkschaftspolitik eine effektive und nicht nur verbal-drohende Mobilisierungsbereitschaft entwickelt werden muss.

In der PTT-Union und im SEV lässt die Umorientierung länger auf sich warten. Während die SEV-Führung trotz harten Rationalisierungsschlägen gegen die Eisenbahner an ihrer traditionellen Politik festhielt (im SGB spannte sie bezeichnerweise mit dem SMUV zusammen), gab sich die PTT-Union radikaler, allerdings vor allem in Worten: So drohte ihr Sekretär G. Egenberger im Umfeld der grossen nationalen Demo von 1982 zwar offen mit «Dienst nach Vorschrift», dahinter standen jedoch kei-

nerlei konkrete Vorbereitungen. Und als die politischen Behörden die Hauptforderungen der Demo demonstrativ ablehnten, kam von den Gewerkschaften nichts, ausser der Bitte nach einem neuen Gesprächstermin ...

In einigen Sektionen, vor allem im Tessin und in Genf, regen sich nun aber auch in diesen Gewerkschaften aktivere Ansätze: Petitionen, Demonstrationen, Diskussionen, wie denn nun «Dienst nach Vorschrift» konkret angewendet werden könnte, lassen hoffen, dass auch in diesen Verbänden eine Umorientierung einsetzen könnte.

Genfer Kampf-Tradition

Im Genfer Öffentlichen Dienst kann von einer eigentlichen kämpferischen Tradition gesprochen werden, die nicht mehr im Rahmen der alten Arbeitsfriedensmechanismen steht: Bereits 1973 kommt es zur ersten Warnstreikbewegung im Spitalbereich für Arbeitszeitverkürzung und einheitliche Lohnerhöhung. Mitte siebziger Jahre gewann eine neue Generation (vor allem aus 1968er Kreisen) in der VPOD-Sektion und zum Teil auch in den christlichen Gewerkschaften und einem Teil der Berufsverbände die Mehrheit. 1976 kam es zur ersten «Bewegung der Öffentlichen» (mouvement de la fonction publique): Die verschiedenen Verbände treffen sich in einer Aktionseinheit; diese beruft Vollversammlungen der Beschäftigten (organisierte und unorganisierte) ein, um über zentrale Forderungen und Aktionsmittel zu diskutieren. Die Verhandlungsrunden werden begleitet von Unterschriftensammlungen, Kundgebungen und Warnstreiks.

Die erste «Bewegung» von 1976 bringt bereits die 42-Stunden-Woche und öffnet den Weg zur 1988 erreichten 40-Stunden-Woche. In den folgenden Jahren kommt es periodisch zu weiteren solchen Gesamtbewegungen, aber auch zu Teilstreiks vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich (vgl. Aufstellung). Gleichzeitig sind die Gewerkschaften der Öffentlichen beteiligt an politischen Auseinandersetzungen, z. B. am Kampf gegen den Rassismus (Demo gegen Le Pen in Genf), an der Solidarität mit Nicaragua u. ä.